Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 56 (1976-1977)

Heft: 2

Artikel: Eine gewisse Ähnlichkeit : Entwicklung und Chancen der schweizerischen und der deutschen Volkswirtschaft

Autor: Meyer-Marsilius, Hans-Joachim

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-163186

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

dazu Frohlich et al., S. 328f. – [9] Luhmann, *a.a.O.*, S. 337. – [10] Vgl. Jacob ter Meulen: *Der Gedanke der Internationalen Organisation in seiner Entwicklung 1300–1800*, 2 Bde., Den Haag: 1917–1929. – [11] Vgl. etwa die von Richard A. Falk/Saul H. Mendlovitz u.a. herausgegebene Zeitschrift *Alternatives – A Journal of World Policy* (Bd. 1, 1975); das repräsentativste Werk dieser Schule ist z. Z. der von Louis René Beres und Harry R. Targ herausgegebene Sammelband *Planning Alternative World Futures: Values, Methods and Levels*, New York: Praeger, 1975. – [12] Für Meadows hat dies z. B. Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny klar herausgearbeitet und gezeigt, dass «das politische System des nun prophezeiten goldenen Zeitalters eine gewalttätige Diktatur sein müsste» («Soziologische Bemerkungen zu den ‹Grenzen des Wachstums›», in: *Schweizer Monatshefte*, Bd. 54 [1974/75], S. 628–642, bes. S. 638f.).

HANS JOACHIM MEYER-MARSILIUS

Eine gewisse Ähnlichkeit

Entwicklung und Chancen der schweizerischen und der deutschen Volkswirtschaft

In einer Zeit rückläufiger Wirtschaftsentwicklung drängt sich ein Vergleich zwischen zwei benachbarten, eng verflochtenen Volkswirtschaften mehr denn je auf, da man geneigt ist, nach Erkenntnisquellen für Parallelen und Unterschiede zu suchen.

Wirtschaftliche Entwicklungen wie manche andere Einflüsse der europäischen Umwelt werden in der Schweiz üblicherweise erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung wirksam. Dies mag am Volkscharakter, an der Grösse des Landes und an manchen anderen Faktoren liegen. Die Ursachen wird man nie ganz ergründen können. Es bleibt jedoch die Feststellung, dass man vor etwa zehn Jahren noch mit einem «time lag» von nahezu zwei Jahren rechnete, bis eine volkswirtschaftliche Entwicklung wie etwa der Zerfall der Preisbindung zweiter Hand von der BR Deutschland oder anderen Nachbarländern auf die Schweiz übergriff. Heute ist diese Zeitspanne wesentlich kürzer geworden. Man rechnet mit maximal sechs Monaten und kann oft schon erste Auswirkungen nach wenigen Wochen, ja manchmal bereits nach Tagen feststellen. Dies mag an der Schnellebigkeit unserer Zeit und an den wesent-

lich intensivierteren Informationswegen liegen. Das ausländische Fernsehen wirkt genauso wie die Flut ausländischer Illustrierter oder andere Medien heute stärker auf die schweizerische Bevölkerung ein, als es je denkbar erschien.

Es kommt hinzu, dass die *europäische Wirtschaftsverflechtung* und die *grosse Reisewelle* das ihrige dazu beigetragen haben, dass Geistesströmungen oder Gewohnheiten anderer Länder schneller übertragen werden. Der Autor dieser Zeilen schrieb noch vor etwa zehn Jahren, dass der befürchtete «Eintopfeuropäer» als Folge einer europäischen Integration sicher nicht die Schweizer assimilieren werde, sondern dass der Durchschnittsschweizer seine Eigenart ungeschmälert beibehalten werde. Diese Aussage ist heute nur noch mit gewissen Abstrichen gültig. Denn wir können feststellen, dass auch der Schweizer in verstärktem Masse unter den Einfluss «gutnachbarlicher» Strömungen geraten ist und sich damit einer allgemeinen Entwicklung nur begrenzt entziehen konnte.

Die Schweiz ist in der BR Deutschland nach den USA zweitwichtigster ausländischer Investor mit Kapitalinvestitionen von rund 6,6 Mrd. SFr. Der schweizerische Anteil an den Auslandsinvestitionen in der BR Deutschland beläuft sich auf 15,7%. Gleichzeitig ist die Schweiz fast ständig bedeutendstes deutsches Investitionsland, wenn auch in den offiziellen Zahlen manche Kapitaltransaktion in Holdinggesellschaften versteckt ist. Bei einem Gesamtauslandsvermögen der Schweiz, das die Schweizerische Bankgesellschaft für 1974 auf 247,7 Mrd. SFr. schätzt, wovon 50,7 Mrd. auf Direktinvestitionen entfallen, beträgt der deutsche Anteil demnach etwa 13%. Wegen der Verfälschung der Zahlen durch Holding- und Domizilgesellschaften sind die statistischen Angaben für die Investitionen weniger aussagekräftig.

Im wirtschaftlichen Bereich kann man die Verflechtung besonders deutlich feststellen. Schon zu Beginn der europäischen Integration waren die schweizerische und die deutsche Volkswirtschaft so eng verflochten, dass der seinerzeitige Schweizer Botschafter in der BR Deutschland, A. Escher, anlässlich der Eröffnung der Hannover-Messe im Jahr 1958 feststellen konnte, dass es zwischen der Schweiz und der BR Deutschland eigentlich keiner Integration mehr bedürfe, sondern dass dieser angestrebte Endzustand einer europäischen Entwicklung hier bereits in hohem Masse erreicht sei.

Dies hat sich in der Zwischenzeit noch akzentuiert. In einer sich zunehmend integrierenden europäischen Wirtschaft – dies darf man trotz aller institutionellen Rückschläge und Kinderkrankheiten feststellen – kann sich die schweizerische Volkswirtschaft nicht abkapseln, was sich nicht zuletzt deutlich bei der Auswirkung der europäischen und weltweiten Rezession zeigte, die mit der gewohnten zeitlichen Verzögerung auf die Schweiz übergriff.

Auslandabhängigkeit der schweizerischen und deutschen Wirtschaft

Aber gerade diese neue wirtschaftliche Ära liess sehr deutlich einen wesentlichen Unterschied zwischen der Schweizer und der bundesdeutschen Volkswirtschaft erkennen. Während die deutsche Volkswirtschaft über einen ausreichend grossen Heimatmarkt verfügt und bei nachlassendem Export in gewissem Umfang dort einen Ausgleich suchen kann, fehlt bei einer zu schmalen Heimatbasis zahlreichen exportorientierten Schweizer Unternehmen dieses Ventil. Die Exportabhängigkeit namhafter Schweizer Unternehmen ist im allgemeinen wesentlich höher als die entsprechender deutscher Firmen, obwohl im Durchschnitt auf das Bruttosozialprodukt bezogen kaum ein wesentlicher Unterschied besteht (Schweiz 25,3%, BR Deutschland 23,1% des Bruttosozialprodukts im Jahr 1974). Beide Länder sind in einem wesentlich höheren Masse exportabhängig als etwa die USA mit ihrem riesigen Binnenmarkt, der es der amerikanischen Regierung erlaubt, viel eher eine eigene Wirtschaftspolitik mit entsprechenden Auswirkungen zu betreiben.

Dies tritt besonders deutlich bei den sogenannten *Multis* in Erscheinung. Wenn man feststellt, dass die Heimatbasis schweizerischer Weltunternehmen nur wenige Prozente ausmacht, etwa bei Firmen wie Nestlé, Ciba-Geigy-Sandoz, Sulzer, Hoffmann-La Roche usw. zwischen 2% und 10% des Umsatzes schwankt, so wird man sich schnell darüber klar, dass die Weltmarkt, abhängigkeit der schweizerischen Wirtschaft ungemein grösser ist als die der deutschen.

Beiden Ländern ist die Auslandsabhängigkeit der *Rohstoffbasis* mehr oder weniger gemein. Beide Länder sind daher in erster Linie veredelnd tätig, d. h. sie müssen in hohem Masse Rohstoffe und Halbfertigwaren einführen, hochgradig veredeln und die so gewonnenen Erzeugnisse absetzen. Dies gilt in noch stärkerem Masse für die Schweiz als für die BR Deutschland. Die «Schweizerische Handelszeitung» kam kürzlich aufgrund von Feststellungen aus Dissertationen und internationalen Handelsstatistiken in Ermangelung einer amtlichen Untersuchung über die Rohstoffabhängigkeit zu dem Schluss, dass diese – die Schweiz betreffend – total sei.

So kommen 81% des Weizens aus Nordamerika, 74% des Zuckers aus Frankreich und Grossbritannien, 65% der Kakaobohnen aus Ghana und der Elfenbeinküste, 64% des Erdöls aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, Libyen und Nigeria, 84% des Eisens aus der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, 55% des Kupfers aus Belgien und der Bundesrepublik und 70% des Magnesiums allein aus Norwegen. Weiter stammt mehr als ein Drittel der Bleizufuhr aus England, mehr als die Hälfte der Zinnimporte bestreiten Thailand und Indonesien, ebenso wie beim Silber die USA, Frank-

reich und Schweden. Gold wird zu 57% (ohne Banktransaktionen) aus der BR Deutschland, Frankreich und Italien eingeführt.

Die Energierohstoffe machen nur 16,3% der gesamten schweizerischen Rohstoffimporte aus, Mineralien, Metalle und chemische Grundstoffe zum Beispiel 41%; Nahrungs- und Genussmittel 27% und landwirtschaftliche Industrierohstoffe 15%.

Untersucht man die Herkunft der schweizerischen Rohstoffbezüge, so zeigt sich, dass die Industriestaaten, insbesondere die EWG und im speziellen die BR Deutschland, einen überraschend hohen Anteil einnehmen. Wichtigste Roheisenlieferanten sind beispielsweise nicht etwa die wichtigen Exporteure wie Australien, die UdSSR und Schweden, sondern die BR Deutschland, Frankreich und Kanada. Beim Kupfer stehen Belgien und die BR Deutschland an erster Stelle.

Zweifellos ist auch die BR Deutschland von ausländischen Rohstoffen abhängig, doch verfügt sie mit Ausnahme der elektrischen Energie der Wasserkraftwerke über grössere eigene Vorkommen als die Schweiz – wenn diese auch zur Zeit nicht unbedingt für die Ausbeutung in Frage kommen, wie etwa die Eisenerzvorkommen im Siegerland oder an der Saar, oder die grossen Kohlevorkommen an der Ruhr. Die Schweiz kompensiert diesen Nachteil in beträchtlichem Umfang durch eine ausgezeichnet ausgebaute eigene Vorratshaltung.

Die Rohstoffabhängigkeit beider Länder machte sich besonders nachdrücklich bemerkbar in der Zeit der *ersten Energiekrise*. Da beide Länder nicht über ausreichende eigene Erdölvorkommen verfügen, sah man sich den Erpressungen der Erdölländer nachhaltig ausgesetzt und zu drastischen Einschränkungsmassnahmen gezwungen. Beide Länder haben sich denn mit einem gewissen Erfolg um die nahöstlichen Märkte bemüht und es verstanden, dieser Krise einigermassen Herr zu werden.

Beide Länder sind demnach auf die *Einfuhr* von wichtigen Rohstoffen und Halbfabrikaten zur Verarbeitung angewiesen und müssen in allen Bereichen eine hochspezialisierte Veredlungsindustrie, verbunden mit einem qualifizierten Dienstleistungsgewerbe, unterhalten (Einfuhr in der Schweiz 30,8%, in der BR Deutschland 18,1% des Bruttosozialprodukts). Dies bedingt wiederum eine ständige Innovation der Produkte, was gerade bei den sich zeigenden Strukturschwächen und -wandlungen in besonderem Masse augenfällig ist, und bedeutet gleichzeitig einen besonders hohen Kostenaufwand für Forschung und Entwicklung. Die daraus erwachsenden Kosten trägt in der Schweiz die Privatwirtschaft zweifellos in grösserem Umfang als in der BR Deutschland.

Qualitative und quantitative Unterschiede

In der modernen Technologie ist die erforderliche Finanzierung aber nur bei entsprechenden Kapitalquellen möglich. Dass die Schweiz über einen hervorragend funktionierenden Finanzmarkt mit einem international angesehenen Bankensystem verfügt, ist hinlänglich bekannt. Auch das deutsche Bankwesen ist entsprechend ausgestattet und unter normalen Umständen in der Lage, den Anforderungen der Gesamtwirtschaft gerecht zu werden. Die immer aufwendiger werdenden Forschungskosten für die in die Zukunft gerichtete Weiterentwicklung der Produkte verlangen aber nach einer Finanzbasis, die möglicherweise die Quellen der beiden Länder übersteigt.

Die schweizerischen Unternehmen verfügen durchschnittlich über ein grösseres *Eigenkapital* als die entsprechenden Unternehmen der deutschen Wirtschaft (nach Schätzungen etwa im Schnitt doppelt so hoch!). Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Schweiz in den wirtschaftlichen Strukturen genauso wie in den privaten von zwei Weltkriegen weitgehend verschont geblieben ist, die in der BR Deutschland die Substanz weitgehend zerstört haben.

In einer Zeit zunehmender wirtschaftlicher Schwierigkeiten der Unternehmen bei geschmälerten Erträgen zeigt es sich deutlich, dass Schweizer Unternehmen gegenüber den Erschwernissen einer Rezession *widerstandsfähiger* sind als deutsche und in aller Regel über einen längeren Atem verfügen. Es kommt hinzu, dass die Schweizer Wirtschaft noch *mittelständischer* organisiert ist als die bundesdeutsche. Selbst wenn man davon ausgeht, dass man von mittelständischen Betriebsgrössen in der BR Deutschland andere Vorstellungen hat als in der Schweiz, muss man feststellen, dass der Anteil der mittleren Unternehmen in der Schweiz höher liegt als in der Bundesrepublik und für bundesdeutsche Verhältnisse am ehesten vergleichbar ist mit den Gegebenheiten in Baden-Württemberg. Es sind gerade häufig mittelständische Unternehmen, die sich hochgradig auf Exportprodukte spezialisiert haben, die ihnen weltweit hohe Marktanteile sichern, ja sogar manchmal Monopolstellungen. Es liessen sich ohne Schwierigkeiten eine ganze Reihe mittlerer Schweizer Unternehmen aufführen, die mit ihren Erzeugnissen Weltmarktanteile von über 90% halten können.

Beide Länder sind *hochgradig industrialisiert*, wenn auch ihr Industrialisierungsgrad regional unterschiedlich ist. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass in der Schweiz die Industrialisierung im wesentlichen auf das Mittelland beschränkt ist, während die Alpengebiete vorwiegend vom Fremdenverkehr und der Landwirtschaft leben, so wird man sich schnell darüber klar, dass der deutsche Markt nicht nur rund zehnmal grösser ist als der schweizerische, sondern dass unter Berücksichtigung dieser Tatsache die Relation eher bei

20:1 zu suchen ist. Zwar kennt auch die Bundesrepublik eine Reihe von industriell weniger entwickelten Gebieten, wie etwa Zonenrandgebiete, gewisse Bereiche in Bayern oder in Schleswig-Holstein, aber mit Ausnahme der Ballungsräume in Nordrhein-Westfalen, im Rhein-Main-Gebiet oder im mittleren Neckarraum ist die Industrie doch relativ gleichmässig über das gesamte Bundesgebiet verteilt.

Bei der Wohnbevölkerung ist das Verhältnis 62,1 zu 6,5 Millionen, bei den Erwerbstätigen 26,2 zu 3,1 Millionen Einwohner. Der Ausländeranteil war in der Schweiz in der Hochkonjunktur ungleich höher als in der BR Deutschland, wenn auch die BR Deutschland im Begriff war, rasch aufzuholen.

Diese Relation spielt eine entscheidende Rolle bei der Beurteilung vieler wirtschaftspolitischer Fakten in beiden Ländern. Sehr deutlich zeigt sich das beispielsweise bei der Marktbearbeitung. Während man die Schweiz normalerweise als ein einheitliches Vertretungsgebiet, eventuell mit Servicebüros oder speziell vorgebildeten Reisenden für das Welschland, behandelt, ist dies bei dem zehnmal grösseren deutschen Markt nicht möglich. Eine Aufteilung in fünf bis acht Vertreterbezirke erscheint unerlässlich. Gerade bei der Marktbearbeitung zeigen sich aber bemerkenswerte Parallelen hinsichtlich der Intensität. Mindestens 80% der Schweizer Lieferungen werden in den Raum diesseits der «magischen Linie», die vom Ruhrgebiet über das Rhein-Main-Gebiet zum mittleren Neckarraum verläuft, getätigt, während der norddeutsche Markt mit Ausnahme allenfalls der Hansestädte oft vernachlässigt wird. Umgekehrt ist zwar die Intensität der Bearbeitung des Westschweizer Marktes bemerkenswert gestiegen, doch entspricht sie häufig bei weitem nicht der der Bearbeitung der deutschsprachigen Schweiz.

Gleichzeitig ist in beiden Ländern der Anteil der *Landwirtschaft* entsprechend rückläufig. Sowohl in der BR Deutschland als auch in der Schweiz klagt man über Landflucht, über starke Zuwanderung in den Ballungsräumen und über eine Entvölkerung von Berggegenden und ist bestrebt, durch regionale Förderungsmassnahmen dem entgegenzuwirken, was in der Rezession auf besondere Schwierigkeiten stösst. Der Agrarschutz ist daher beiden Volkswirtschaften eigen, wobei die Schweiz bei Ausklammerung der Landwirtschaft im Rahmen der EFTA hierbei mehr Bewegungsspielraum hat als die BR Deutschland im Rahmen der EG.

Das *Dienstleistungsgewerbe* ist in beiden Ländern hoch entwickelt. Der Anteil der Banken und Versicherungen und der Touristik ist aber in der Schweiz ungleich grösser als in der BR Deutschland. So betrug in der Schweiz 1974 die Bilanzsumme aller Banken 197% des Bruttosozialprodukts gegenüber 130% in der BR Deutschland (Gesamtbilanzsumme 275 : 1493 Mrd. Schweizer Franken).

Weitere Gebiete der Schweiz sind in viel stärkerem Masse vom *Fremdenverkehr* abhängig als in der BR Deutschland, wo zwar gewisse Regionen hochgradig touristikorientiert sind, aber das Land insgesamt nicht einen gleichartigen Ruf als Ferienland geniesst wie die Schweiz.

Beide Volkswirtschaften wissen eine *grosse Palette* von Industrieerzeugnissen und Dienstleistungen von hoher Qualität dem Weltmarkt anzubieten. Dies hat dazu geführt, dass in einer Zeit zunehmender Industrialisierung die gegenseitige wirtschaftliche Verflechtung ständig zugenommen hat. Häufig sind beide Länder auf dem Weltmarkt Konkurrenten, genauso häufig aber ergänzen sie sich auch mit ihren Produkten, was nicht zuletzt in einer Vielzahl von Konsortien, in denen sowohl Schweizer als auch deutsche Unternehmen tätig sind, zum Ausdruck kommt. Gemeinsames Wirken in den Ländern der Dritten und Vierten Welt lässt gleichgelagerte Interessen verteidigen.

Wirtschaftspolitische Gemeinsamkeiten

Erfreulicherweise huldigen beide Volkswirtschaften gleichermassen einem *liberalen Wirtschaftssystem*, das dem Aussenhandel fast unbeschränkte Freiheiten lässt. Ausgeklammert sind lediglich – wie weltweit üblich – Agrarerzeugnisse. Die *Liberalisierung nach aussen* und *marktwirtschaftliche Orientierung nach innen* haben es den Volkswirtschaften beider Länder erlaubt, sich führende Positionen in der Weltwirtschaft zu erobern, wobei besonders bemerkenswert ist, dass die Stellung der Schweiz an zwölfter Stelle weit über der aufgrund der Bevölkerungszahl und der geographischen Grösse zu erwartenden Position zu finden ist. Allerdings ist der Kartellisierungsgrad in der Schweiz noch immer bedeutend höher als in der BR Deutschland, wo das Kartellgesetz vom Verbotsprinzip im Gegensatz zum Schweizer Missbrauchsprinzip ausgeht.

Die Haltung der beiden Länder zu den *europäischen Integrationsbestrebungen* ist eine formell unterschiedliche, jedoch im Kern der Sache weitgehend ähnlichere, als man gemeinhin annimmt. In beiden Ländern befürwortet man eindeutig eine europäische Wirtschaftsintegration, doch ist man sich in der Schweiz mit nüchternem Realismus von Anfang an der Grenzen des Möglichen mehr bewusst gewesen als in der BR Deutschland, wo man vor allem im ersten Anlauf der Nachkriegsjahre auf der Suche nach einem Ersatzvaterland dem europäischen Gedanken viel Schwung verlieh und die Enttäuschung in den siebziger Jahren um so grösser war.

So war denn die BR Deutschland neben Frankreich der nachdrücklichste Promotor der europäischen Integrationsbestrebungen und brachte für die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der EWG erhebliche – vor allem

finanzielle – Opfer. Die Schweiz konnte sich dagegen nicht wie andere kleinere europäische Länder zu einem Beitritt entschliessen, sondern schloss sich der EFTA an und sieht heute ihre Interessen im Rahmen des *Freihandelsabkommens* weitgehend gewahrt. Im derzeitigen Ergebnis der Bestrebungen ist man dabei etwa gleich weit gekommen, denn die deklarierte EFTA-Freihandelszone in Verbindung mit Freihandelsabkommen unterscheidet sich nicht wesentlich von der vertieften Freihandelszone mit politischer Zusammenarbeit der derzeitigen EG.

Diese unterschiedliche formelle Haltung hat aber die fortschreitende *faktische Integration* der schweizerischen in die gesamteuropäische Wirtschaft keineswegs gehemmt. Die Bindungen der schweizerischen Wirtschaft zu den umliegenden Ländern sind keineswegs geringer als die der bundesdeutschen. Verfolgt man die Zahl der Kooperationen und Zusammenschlüsse zwischen schweizerischen und deutschen Unternehmen – aber auch mit drittländischen – im Laufe der letzten anderthalb Jahrzehnte, so gewinnt man den Eindruck, dass die gegenseitige Verflechtung weiter *deutlich zugenommen hat*. Eine besondere Rolle spielt dabei das *Währungssystem*. Beide Währungen floaten derzeit, die deutsche begrenzt im Rahmen der Schlange, der die Schweiz nicht beigetreten ist.

Harte D-Mark – harter Franken

Die Währungen beider Länder gelten heute *als die härtesten der Welt*. Beiden wurde vor allem in den letzten beiden Jahren das zweifelhafte und unfreiwillig entgegengenommene Geschenk einer *deutlichen Aufwertung* gegenüber anderen Währungen zuteil, was die Exportpreisgestaltung auf dem Weltmarkt erschwerte. Die als relativ gesichert erscheinenden innerwirtschaftlichen Gegebenheiten der beiden Länder trugen ihr Teil dazu bei, dass die Aufwertung der beiden Währungen sich ständig fortsetzte und selbst heute ein Ende dieser Entwicklung noch keineswegs abzusehen ist. Unterschiedlich machte sich dabei allerdings bemerkbar, dass der Schweizer Franken aufgrund des geringeren Marktvolumens wesentlich allergischer auf den temporären hektischen Zustrom ausländischer Gelder reagierte als die D-Mark, was nach dem bekannten bildhaften Vergleich mit dem Kaffeeguss in eine Mokkatasse (= Schweizer Franken) viel schneller zum Überlaufen führt als bei einer grösseren Schüssel (= D-Mark). Darin dürfte auch eine der Hauptursachen dafür zu suchen sein, dass selbst im Verhältnis vom Schweizer Franken zur D-Mark sich in den letzten beiden Jahren eine einschneidende Verschiebung im Umfang von rund 20% zugunsten des Schweizer Frankens ergab, was eigentlich dem deutschen Export hätte zugute kommen sollen. Im Ergebnis

war jedoch gerade 1975 der Schweizer Export in die BR Deutschland (+12%) erfolgreicher als umgekehrt der deutsche (—25%).

Die Aufwertung der Währung führte zwangsläufig zu einer Schlechterstellung der exportorientierten Industrien *auf dem Weltmarkt*. Wenn sich dies nicht so drastisch auswirkte wie befürchtet, so ist das in erster Linie darauf zurückzuführen, dass beide Länder vor allem hochspezialisierte, preislich weniger empfindliche Erzeugnisse liefern, die eine gewisse Aufwertung eher verkraften können als preisempfindliche Standardwaren. Es zeigt sich aber deutlich, dass überraschenderweise in dem Hauptexportbereich beider Länder – *bei den Maschinen und Apparaten* – die Schweiz wesentlich besser abschnitt als die BR Deutschland, da im Gegensatz zur deutschen Maschinenindustrie die Schweizer Maschinenindustrie spezialisierter und weniger «baunahe» zu liefern in der Lage war als die deutsche Maschinenindustrie mit ihren grösseren Serien und damit zwangsläufig einer grösseren Zahl von Standardmaschinen, die der Preiskonkurrenz billigerer Länder in wesentlich stärkerem Masse ausgesetzt ist. Dies beweisen die Aussenhandelszahlen gerade des letzten Jahres.

Man muss die Währungsverschiebungen jedoch *teuerungsbereinigt* sehen. Verzeichneten beide Länder in den letzten zehn Jahren eine drastische Verschiebung der *Lohnstückkosten* zu ihren Ungunsten, so konnte dieser Entwicklung im Laufe der letzten beiden Jahre Einhalt geboten werden. Die Fertigung von Industrieerzeugnissen erschien in beiden Ländern nur noch auf amerikanischem Kostenniveau möglich, wodurch die Konkurrenzfähigkeit stark beeinträchtigt wurde. Da sich aber beide Volkswirtschaften an die Spitze der Tabelle der Länder mit den *geringsten Teuerungsraten* setzen konnten, war es möglich, dass der Aufwertungstrend der Jahre 1974 und 1975 weitgehend durch die geringere Teuerung aufgefangen werden konnte. Nur dann, wenn es möglich ist, diese gegenläufige Entwicklung aufrechtzuerhalten, vermögen sich die Exporteure für die Zukunft eine gleich gute Chance für den Absatz ihrer Produkte auf dem Weltmarkt auszurechnen. Voraussetzung dabei ist allerdings auch, dass die anderen Unkostenfaktoren wie Umweltschutz, Energie, Sozialbelastung usw. sich im Rahmen halten.

Die Rezession in den beiden Ländern

Es wird daher entscheidend darauf ankommen, ob es der *Konjunkturpolitik* in beiden Ländern gelingen wird, der Rezession Herr zu werden. Bei beiden Volkswirtschaften fällt es schwer zu unterscheiden, welche Elemente *konjunktureller* und welche *struktureller* Natur sind. Sicher kann man hier wie dort, etwa bei der Uhrenindustrie, von überwiegend strukturellen Einflüssen spre-

chen. Man hat beidseits erkannt, dass es wenig sinnvoll erscheint, ohne einschneidende Innovation überholte Strukturen durch Subventionen halten zu wollen.

Die *Wege zur Konjunkturbeeinflussung* waren in der Hochkonjunktur ebenso wie in der jetzigen Rezession zum Teil ähnliche, zum Teil jedoch auch recht unterschiedlicher Art. Dies beruht nicht zuletzt auf dem sehr *unterschiedlichen Instrumentarium*, das den Regierungen und Notenbanken zur Verfügung steht. Während die schweizerische Notenbank seit Jahren vergeblich um eine Verbesserung ihrer Einflussmöglichkeit auf die Konjunktur kämpft, stehen der deutschen Notenbank wesentlich einschneidendere Möglichkeiten zur Verfügung. Dabei kann sich die deutsche Wirtschaftsverwaltung auf eine weitaus *transparentere Statistik* stützen, die es ihr erlaubt, Entwicklungen früher zu erkennen als die Schweiz, die man trotz positiver Ansätze in den letzten Jahren in wirtschaftsstatistischer Hinsicht im eigenen Land oft als «Entwicklungsgebiet» bezeichnet. Zweifellos ist es ausserordentlich nachteilig, wenn gegebene Wirtschaftsentwicklungen mangels vorhandener Zahlenunterlagen erst wesentlich später erkannt werden können, wenn auch dieser Nachteil in nicht unbedeutendem Umfang kompensiert wird durch die bessere Übersichtlichkeit der Verhältnisse aufgrund der gegebenen Grössenordnung.

Gerade diese Grössenordnung ist es aber wieder, die dazu beiträgt, dass die deutsche Konjunkturentwicklung viel ausschlaggebender für die schweizerische ist als umgekehrt. Man wird nur in wenigen Bereichen und nur in geringem Umfang annehmen dürfen, dass die schweizerische Konjunktur einen Einfluss auf das konjunkturelle Geschehen im nördlichen Nachbarland wird nehmen können. Solange die Konjunktur in der Schweiz noch besser war als in der BR Deutschland, sahen allerdings viele Unternehmen bei nachlassender Inlandnachfrage hier eine gute konjunkturelle Kompensationsmöglichkeit. Umgekehrt schlägt die deutsche Konjunkturentwicklung viel schneller und nachhaltiger auf die der Schweiz durch, was in erster Linie auf die massgebende Aussenhandelsposition der BR Deutschland für den Schweizer Ex- und Import zurückzuführen ist. Die führende Stellung der BR Deutschland als Abnehmer schweizerischer Produkte mit rund 15% im Durchschnitt – und bei manchen Unternehmen mit wesentlich höheren Quoten – wirkt sich zwangsläufig nachhaltiger auf die hohe Exportabhängigkeit zahlreicher schweizerischer Unternehmen aus als umgekehrt der Exportanteil der Schweiz am deutschen Export mit rund 3%. Immerhin nimmt die Schweiz doch mehr deutsche Waren ab als etwa der gesamte Erdteil Afrika oder als Lateinamerika.

Bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang die Rolle der *Automobilindustrie*. Während in der BR Deutschland jeder fünfte bis sechste Ar-

beitsplatz zumindest mittelbar von der Beschäftigungslage in der Automobilindustrie abhängig ist, verfügt die Schweiz nicht über eine eigene Personenwagenindustrie. Dies hat bei der Talfahrt dazu geführt, dass die rückläufige In- und Auslandnachfrage in der Automobilbranche sich in Deutschland viel nachhaltiger auf die Konjunkturlage auswirkte, als dies in der Schweiz der Fall war (wo es allerdings zur Schliessung der letzten Montagestätte für Personenwagen kam und wo die Nutzfahrzeugindustrie insbesondere die nachlassende Bautätigkeit zu spüren bekam). Hier zeigten sich lediglich Auswirkungen auf das Autogewerbe und mittelbar bei den zahlreichen Zulieferanten für die ausländische Automobilindustrie.

In gleichem Masse von der Entwicklung betroffen wurden sowohl in der BR Deutschland als auch in der Schweiz nachhaltig alle Branchen, die mit dem *Bau* zu tun haben. Die *Bautätigkeit* ging in beiden Ländern rasch und einschneidend zurück. Mit einer baldigen Wiederbelebung ist bei den leerstehenden Wohnungshalden kaum zu rechnen. Die Ausstrahlungen der Baurezession auf zahlreiche hiervon abhängige Wirtschaftszweige werden noch eine Weile anhalten.

Die wohl vorwiegend strukturell bedingte Schwäche der *Uhrenindustrie* macht sich in der Schweiz nachhaltiger bemerkbar als in der BR Deutschland, wo nur regional nachteilige Auswirkungen aufgetreten sind. Dies liegt an der unterschiedlichen Bedeutung dieser Branche für die Volkswirtschaften der beiden Länder.

Gross ist in beiden Ländern die Zahl der *Zulieferanten*, die zum Teil in den vergangenen Jahren der Hochkonjunktur zu sehr von wenigen oder gar nur einem Abnehmer abhängig geworden sind. Die Rezession hat dazu geführt, dass man sehr schnell geneigt ist, viel mehr als in der Vergangenheit wieder in eigener Regie herzustellen und bei der Fertigung von Vorfabrikaten weniger auszulagern als bisher. Auch ist die Tendenz da, Dienstleistungen wie Werbung, Marktforschung usw. in verstärktem Masse im eigenen Hause zu betreiben, worunter die in der Vergangenheit davon profitierenden Gewerbezweige zwangsläufig in beiden Ländern gleichermassen leiden.

Betrachtet man die *Arbeitsmarktlage* im Gefolge der rezessiven Entwicklung, so erhält der oberflächliche Betrachter das Bild von erheblichen Unterschieden. Während man sich in der BR Deutschland derzeit mit einer Arbeitslosenzahl von über 1 Million abfinden muss, hat die relativ steil ansteigende Arbeitslosenkurve in der Schweiz die Zahl von 30000 erst knapp erreicht. Diese Zahl ist aber trügerisch, denn man muss den hohen Stand der Kurzarbeit und die grosse Zahl der nicht mehr zurückgekehrten ausländischen Arbeitskräfte und Grenzgänger berücksichtigen, um ein echtes Bild zu erhalten. In der Schweiz war man in der Vergangenheit ausserdem in der Lage, in viel stärkerem Masse als in der BR Deutschland der nachlassenden

Beschäftigung durch Einsparung von Teilzeitarbeitskräften, Heimarbeiterinnen und durch vorzeitige Pensionierungen usw. zu begegnen. Der *Verlust an Arbeitsplätzen* wird in der Schweiz auf über 200000 geschätzt, was erkennen lässt, dass faktisch die Situation kaum eine andere ist als in der BR Deutschland. Die eigentliche Arbeitslosigkeit in manchen Bezirken des Jura dürfte kaum hinter der in deutschen Industriegebieten zurückstehen.

Soziale Sicherheit, Steuern: Die Schweiz zieht nach

In der BR Deutschland ist das vielzitierte Netz der *sozialen Sicherheiten* in den vergangenen Jahren wesentlich engmaschiger geknüpft worden als in der Schweiz. Nach dem neuesten Sozialbericht werden hierfür ein Drittel des Bruttosozialprodukts aufgebracht. Während man sich in der Schweiz beeilte, in der Rezession den Ausbau der Arbeitslosenversicherung und ähnlicher Massnahmen nachzuholen, konnten in der BR Deutschland sehr schnell die Beschäftigungseinbrüche durch soziale Ausgleichsmassnahmen aufgefangen werden, was allerdings zum Teil zu recht kuriosen Begleiterscheinungen und manchen Missbräuchen führte. Die Belastung der Unternehmen durch soziale Abgaben ist in der BR Deutschland bedeutend höher als in der Schweiz, wo jedoch in jüngster Zeit ein schnelles Aufholen feststellbar ist.

Ein ähnliches Bild vermitteln übrigens die *Steuern*. Galt die Schweiz bis vor kurzem noch als Steuerparadies, vor allem in bundesdeutschen Augen, so hat sich hier sehr schnell, nicht nur unter dem Einfluss des revidierten Doppelbesteuerungsabkommens und des deutschen Aussensteuergesetzes, ein Wandel vollzogen. Die *Schweizer Steuerbelastung* hat sich zunehmend der deutschen angenähert, was eingehende Studien der Handelskammer Deutschland-Schweiz beweisen. Allerdings ist nicht zu übersehen, dass im Gegensatz zur BR Deutschland aufgrund der föderalistischen steuerpolitischen Struktur es noch immer eine Reihe steuerlich bevorzugter Plätze in der Schweiz gibt, die bei aktiver unternehmerischer oder persönlicher Tätigkeit Einsparungen gegenüber entsprechenden Aktivitäten der BR Deutschland erlauben.

In beiden Ländern ist der *Staat* jedoch auf vermehrte Steuereinnahmen angewiesen, denn die Taschen der öffentlichen Hand sind leer, die Gebietskörperschaften sind verschuldet, und zwangsläufig ist parallel zur rückläufigen Konjunktur das Steueraufkommen geringer geworden. Es kommt hinzu, dass auch die *Zolleinnahmen* aufgrund des Zollabbaus drastisch zurückgegangen sind. In beiden Ländern versucht daher der Staat, sich neue Quellen zu erschliessen. Die BR Deutschland kennt seit einem Jahrzehnt die Mehrwertsteuer, die die Schweiz nun einzuführen gedenkt.

Die *Einflussnahme des Staates* auf die Gesamtwirtschaft erscheint in der

BR Deutschland auf den ersten Blick wesentlich grösser als in der Schweiz, doch beweisen jüngste Veröffentlichungen, dass auch in der Schweiz der Staat einen nicht unerheblichen Einfluss auf das Bruttosozialprodukt hat. Wie der Schweizerische Gewerbeverband letzthin feststellte, nähert sich die Schweiz mit Riesenschritten dem Augenblick, «in dem man sich auf die privatwirtschaftliche Ordnung nichts mehr einbilden könne», da der staatliche Anteil am Bruttosozialprodukt von 17% im Jahr 1960 auf 29% im vergangenen Jahr angestiegen ist. Nach Angaben der statistischen Abteilung der Schweizerischen Nationalbank betrug der Anteil in der Schweiz bei den Ausgaben etwa 25% und bei den Einnahmen zirka 23%, in der BR Deutschland auf der Basis von 1973 dagegen 34,9% bei den Ausgaben und nicht weniger als 41% bei den Einnahmen. Die BR Deutschland steht damit nach Schweden an zweiter Stelle, während die Schweiz sich noch immer im Mittelfeld aufhält.

Die Zahl der grösseren Unternehmen mit erheblicher staatlicher Beteiligung oder derjenigen, die sich völlig in Staatseigentum befinden, ist denn in Deutschland auch deutlich grösser als in der Schweiz. Der Schweizer hat es noch immer verstanden, den staatlichen Einfluss in Grenzen zu halten, wenn auch in jüngster Zeit in der Schweiz vermehrt Stimmen laut werden, die ein Überborden der staatlichen Einflusssphäre befürchten.

*

Parallelen und Unterschiede halten sich in etwa die Waage. Nicht messen lässt sich jedoch das, was 1529 Luther bei der Marburger Disputation mit Zwingli feststellte: «Ihr habt einen anderen Geist als wir!» Zweifellos gibt es in vielen, und eben auch wirtschaftlichen Belangen einen «*Sonderfall Schweiz*» – aber trotz aller aufgezeigten Unterschiede lassen sich doch viele Gemeinsamkeiten erkennen. Eine der bedeutendsten ist zweifellos die Tatsache, dass auch in der Rezession beide Länder relativ zu den am gesündesten erscheinenden und gemessen am Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung zu den wohlhabendsten gehören, denen man relativ ein hohes Mass an Stabilität auch für die Zukunft zutraut.

Zwar haben sich die Standortbedingungen beider Länder verschoben, doch werden sie noch immer als gleichermassen günstig beurteilt. Hat man beide Länder in der Vergangenheit oft von draussen neidvoll als glückliche Inseln der Stabilität, insbesondere der Währungen, der geringen Teuerung, eines liberalen Wirtschaftssystems und extrem weniger Streiktage bezeichnet, so vermag man heute nur zu hoffen, dass dies auch in Zukunft so bleiben möge, denn die Risiken der weltwirtschaftlichen Entwicklung sind nicht unbeträchtlich.